

TSK Sozialausschuss am 27.03.2020

Hier: Situation in den Frauenhäusern

- Mit Schreiben vom 17.03. hat II M sich an die Frauenfacheinrichtungen (FFE) gewandt, die Erlasslage des Sozialministeriums übermittelt sowie auf allgemeine Vorsichtsmaßnahmen hingewiesen und gebeten, die konkreten zu treffenden Maßnahmen mit den zuständigen örtlichen Behörden abzustimmen.
- Am 20.03.2020 hat eine TSK auf Arbeitsebene mit den FFE stattgefunden. Es ging dabei unter anderem um folgende Themen:
 - was tun im Fall einer Infektion / bei Verdacht (hierzu wird es in den nächsten Tagen vom BMSJFS eine Vorlage geben); entsprechende Leitlinien des ZIF (Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser) werden schon angewendet
 - Aufnahme neuer Frauen (keine Aufnahme von Frauen außerhalb SH!)
 - Übergangs-/Notplätze durch drohende Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt; Frauenhäuser sehen sich überwiegend nicht in der Lage zusätzliche Betreuung sicher zu stellen. Frauenberatungsstellen könnten sich vorstellen, in bestimmten Situationen zusätzlichen Wohnraum nutzen zu können. Der LFSH erarbeitet hierzu mit den Frauenberatungsstellen ein Konzept. MJEVG prüft parallel Möglichkeiten der Unterstützung
 - Frauenberatungsstellen beraten überwiegend telefonisch (Dolmetscherleistung eingeschränkt); Schwangerschaftskonfliktberatung nach wie vor sichergestellt
 - Kontakt mit den Gesundheitsämtern / Behörden wegen der auch dort eingeschränkten Erreichbarkeit schwierig
 - Sicherung der Finanzierung der FFE auch bei nicht vollumfänglichem Angebot wird zugesichert; inzwischen auch entsprechende Entscheidung des Kabinetts zur erleichterten Weitergewährung von Zuwendungen
 - Schließung der Tafeln darf nicht zu Lasten der Budgets der FrH gehen
 - Schnelle Tests im Verdachtsfall wären sinnvoll (Gefährdung der Einrichtung) lassen sich allerdings bei weiter erforderlichen Priorisierung nur eingeschränkt umsetzen. (Voraussetzung immer Symptome und Rückkehr aus Risikogebiet oder Kontakt zu einer positiv getesteten Person)

- Kinderbetreuung der MA soll nach Klärung möglich sein.
- Von Problemen bei Wegweisungen wird teilweise berichtet. Das wird durch das MILI im Moment nicht bestätigt. Die Zahl habe nicht abgenommen; insoweit im Augenblick wohl noch kein Handlungsbedarf
- Eine TSK soll wöchentlich stattfinden, dazwischen enger Kontakt zum Referat

Weitere Themen/weiteres Vorgehen

- Noch ist nach Auskunft des MILI keine Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt bekannt.
- Für den Fall eines signifikanten Anstiegs von bedrohten / betroffenen Frauen werden im Referat nun die Möglichkeiten für Notplätze geprüft und ein Konzept vorbereitet (Finanzierung, Ort, Betreuung etc.) Allerdings weisen die Wohlfahrtsverbände darauf hin, dass es in allen sozialen Einrichtungen im Moment angesichts des erwarteten Infektionsgeschehens ausschließlich um Bestandssicherung handelt. Eine Ausweitung von Angeboten wird für unrealistisch gehalten. Rekrutierung von zusätzlichen Kapazitäten kommt insoweit in erster Linie für Ausweichplätze aufgrund von Infektionen oder für den Fall einer erforderlichen Isolation in Betracht.
Außerdem kommt die Nutzung zusätzlichen Wohnraums wohl in erster Linie in Verbindung mit den Frauenberatungsstellen in Betracht für Fälle, in denen eine temporäre Veränderung der Wohnsituation zur Deeskalation erforderlich ist ohne eine volle Betreuung im Frauenhaus. Weitere Konkretisierung nach Vorlage des Konzeptes des LFSH.
- Möglicherweise können freie Kapazitäten in der Täterberatung zu Deeskalationszwecken in der (telefonischen) Beratung für Männer eingesetzt werden. Prüfung: Nutzung von zusätzlichem Wohnraum ggf. auch für Männer im Zusammenhang mit Wegweisungen.